

## Yannick Wild Der Tag, an dem alles anders kam. Krise nach den Wahlen in Honduras

Wirtschaftsliberalisierung und vernachlässigte dabei die Anliegen der Bevölkerung. Um angeblich das Problem des organisierten Verbrechens in den Griff zu bekommen, stärkte er das Militär und teilte ihm Aufgaben der öffentlichen Sicherheit zu. Spezialeinheiten, welche direkt oder indirekt dem Präsidenten unterstehen und Namen wie Cobras oder Tigres tragen, erinnern die Zivilgesellschaft an die Todesschwadronen der 1980er Jahre. Diese Einheiten werden nicht nur im Kampf gegen Jugendbanden - die Maras -, sondern auch bei Vertreibungen von Dörfern eingesetzt, um Platz für Bergbau- oder Wasserkraftprojekte zu schaffen.

**20 Uhr.** Wir erhalten erste Wahlergebnisse. Der Kandidat der Regierungspartei sowie jener der Oppositionspartei rufen ihren Sieg aus. Es scheint klar, dass es eng wird und keiner der beiden eine Niederlage hinnehmen will. Offizielle Resultate lassen weiterhin auf sich warten und wir hören von unseren Kameraden in der Hauptstadt, dass das Militär in Tegucigalpa strategisch wichtige Orte eingenommen hat. Bei den Mitgliedern von COPINH ist die Stimmung gefallen und Erinnerungen an den Staatsstreich 2009 kommen hoch. Kurz nach Mitternacht vermeldet das Oberste Wahlgericht, dass 60% der Stimmen ausgezählt sind und der Kandidat der Opposition, Salvador Nasralla, mit 5% führt.



PBI-Freiwillige beobachtet Demonstration nach den Wahlen

### Die Krise bricht aus

Erstaunt über die Ergebnisse verlassen wir am nächsten Tag den Sitz von COPINH und kehren ohne Zwischenfälle nach Tegucigalpa zurück. Wir ahnen dabei nicht, dass die Landespolitik noch einige Überraschungen für uns bereithält.

24 Stunden nach den Wahlen liegt immer noch kein offizielles Ergebnis vor und an diesem Abend bricht das System zur Übertragung der Wahldaten zusammen. Nach Wiederherstellung des Systems liegt der Präsident Juan Orlando vorne. Im ganzen Land brechen Protes-

te aus, welche dem Präsidenten Wahlbetrug vorwerfen. Man spricht von über hundert Strassenblockaden, Tausenden Menschen auf der Strasse sowie von Plünderungen in den Städten. Die Reaktion des Staates lässt nicht lange auf sich warten und er erlässt eine zehntägige Ausgangssperre von 19:00 bis 7:00 Uhr. PBI entscheidet, die Stadt aus Sicherheitsgründen nicht mehr zu verlassen und die Begleitungen auf Tegucigalpa zu beschränken.

### Beobachten, dokumentieren, telefonieren

Im Dezember erhielt das Team eine erschreckend hohe Anzahl Anrufe von Opfern von Menschenrechtsverletzungen. Bei mehreren Strassenblockaden schossen staatliche Sicherheitskräfte auf DemonstrantInnen. Personen wurden willkürlich verhaftet, misshandelt und manche von ihnen sind nicht mehr aufgetaucht. Die Mitglieder des COPINHs riefen uns auch mehrmals an, um Bedrohungen und Übergriffe durch die Polizei zu melden. Bertita Zúniga wurde wiederholt von der Polizei ohne Grund angehalten, durchsucht und bedroht.



Yannick Wild begleitet VertreterInnen von COPINH

**«Ich hatte den Eindruck, dass die von uns begleiteten Personen noch nie so froh waren, dass wir an ihrer Seite standen.»**

Im Team versuchten wir unseren Einfluss als internationale Organisation auszuüben, wobei dies in dieser Krisensituation nur beschränkt möglich war. Da wir die Kontaktdaten von einflussreichen Personen haben, riefen wir sie an und gaben ihnen zu verstehen, dass die internationale Gemeinschaft präsent ist und Überschreitungen dokumentiert. Die nachgewiesenen Menschenrechtsverletzungen teilten wir nationalen Menschenrechtsorganisationen mit. Ich hatte den Eindruck, dass die von uns begleiteten Personen noch nie so froh waren, dass wir an ihrer Seite standen.

Postcheckkonto:

**17-519476-6**

IBAN: CH21 0900 0000 1751 9476 6



PBI-Schweiz, Gutenbergstrasse 35, CH-3011 Bern  
031 372 44 44, info@peacebrigades.ch



**Im August 2017 hat der honduranische Kongress das neue Gesetz zur Tourismusförderung gutgeheissen. Die Regierung verspricht sich davon die Schaffung von Arbeitsplätzen und Wirtschaftswachstum. Die afro-indigenen Garífunas an der Karibikküste sehen den Tourismus jedoch mehr als Fluch denn als Segen. Auf dem Spiel stehen ihr Land, ihr Lebensraum und ihre Kultur.**

Die honduranische Regierung erhofft sich dank des neuen Tourismusgesetzes ein Wachstum der Tourismusbranche von fünf Prozent und die Schaffung 250.000 neuer Arbeitsplätze. Die Karibikküste ist für den Tourismus in Honduras besonders attraktiv. Jedoch sind dort die vom Fischfang und von der Landwirtschaft lebenden Garífunas seit über 200 Jahren beheimatet. Sie befürchten, von ihrem Land vertrieben zu werden, um neuen Luxus-Resorts Platz zu machen.

Als die Vize-Koordinatorin der Garífuna-Organisation OFRANEH, Aurelia Arzú Rochez, kürzlich auf Einladung von PBI die Schweiz besuchte, erklärte sie, dass die Gemeinschaften noch nie zu wirtschaftlichen Vorhaben der Regierung konsultiert worden sind. Für sie ist klar: «Es ist respektlos, unfair und diskriminierend, wenn es keine vorherige, freie und informierte Konsultation gibt. Man wirft uns vor, wir seien gegen Entwicklung und Wachstum. Wir sind bereit eine gewisse

Entwicklung mitzutragen, aber dafür müssen wir in die Gespräche miteinbezogen werden.»

### KONFLIKT MIT KANADISCHEN UNTERNEHMERN

Der Druck auf das Land der Garífunas für die Errichtung von Luxus-Resorts kommt aktuell von zwei kanadischen Unternehmern. Die Gemeinschaften haben zwar kollektive Titel für ihr Land und laut Gesetz ist der Verkauf dieses Landes nur unter Garífunas erlaubt. Doch die Unternehmer «leihen» sich Namen von Garífunas aus und kaufen so das Land. OFRANEH hat gegen die Unternehmer Anzeige wegen illegaler Landnahme erstattet, doch nichts ist passiert. «Wenn aber die Kanadier Anzeige erstatten, werden innerhalb weniger Tage Mitglieder von OFRANEH strafrechtlich verfolgt» sagte Aurelia Arzú im Gespräch mit PBI. Drei ihrer KollegInnen mussten letztes Jahr ins Gefängnis. Der internationale Druck habe dazu beigetragen, dass sie wieder freigelassen wurden, meint die Aktivistin.

**«Es ist respektlos, unfair und diskriminierend, wenn es keine vorherige, freie und informierte Konsultation gibt.»**

### MODELLSTÄDTE

Die Regierung von Juan Orlando Hernández hat im Zusammenhang mit der Tourismusförderung auch die Planung sogenannter ZEDE (Beschäftigungs- und Wirtschaftsentwicklungszonen), auch Modell-

**Mit Ihrem Legat schützen Sie MenschenrechtsverteidigerInnen.**

**Danke!**

Peace Brigades International  
andrea.nagel@peacebrigades.ch, 031 372 44 44  
www.peacebrigades.ch





Karibikküste in Honduras



**YANNICK WILD**  
aus Zürich  
Einsatzbeginn: Februar 2017  
Einsatzort: Tegucigalpa, Honduras

## Yannick Wild

### Der Tag, an dem alles anders kam. Krise nach den Wahlen in Honduras

**Yannick Wild erlebte die Präsidentschaftswahlen am 26. November 2017 in Honduras hautnah mit. An diesem Tag war der Freiwillige zu Besuch bei der indigenen Organisation COPINH. Er ahnte nicht, dass eine tiefgreifende politische Krise bevorstand. Der 30-jährige Politologe schildert, wie er diesen aussergewöhnlichen Tag erlebte und wie PBI die honduranischen VerteidigerInnen der Menschenrechte in der anhaltenden Krise nach den Wahlen unterstützt.**

**7 Uhr.** Zusammen mit einer US-amerikanischen Freiwilligen sitze ich in La Esperanza, 200 km westlich der Hauptstadt Tegucigalpa, im Sitz der von PBI begleiteten Organisation COPINH (Volksrat der indigenen Organisationen von Honduras). Der COPINH vertritt seit 1993 die indigenen Lencas und setzt sich für den Schutz der natürlichen Ressourcen auf ihrem Land ein. 2016 fragte die indigene Organisation PBI für Begleitschutz an, weil deren Mitglieder immer wieder Opfer von Bedrohungen, Mordversuchen und Diffamierungen werden. Heute, am 26. November 2017, lädt COPINH in seinem Radiosender zu einem Gespräch zwischen VertreterInnen verschiedener Gemeinschaften ein, um sich über die Präsidentschaftswahlen auszutauschen.



**Bertita Zúniga,**  
die neue Koordinatorin  
von COPINH

Bertita Zúniga bringt uns eine Tasse Kaffee und erzählt uns von ihrer Jugend in La Esperanza. Sie ist die Tochter der 2016 ermordeten Umweltaktivistin Berta Cáceres. Seit Kurzem ist die junge Frau Koordinatorin des COPINH.

An diesem Sonntag glaubt kaum jemand, dass die Opposition gewinnen könnte. Bertita Zúniga spricht mit uns von der Bedeutung, die eine Wiederwahl des aktuellen Präsidenten Juan Orlando Hernández hätte. Während seiner Amtszeit förderte er eine Politik der

städte genannt, vorangetrieben. Diese werden unter speziellen Bedingungen an Investoren vergeben, welche dort ihr eigenes Rechts- und Sicherheitssystem aufbauen können. Die ZEDE unterliegen dann nicht mehr honduranischer Rechtsprechung. Nicht nur Resorts, sondern auch der Bau von Erdölraffinerien sind unter anderem in diesen Zonen geplant. Eine solche Modellstadt ist auf dem Land von über 20 Garífuna-Gemeinschaften vorgesehen, die dazu bisher weder informiert noch befragt wurden. «Hinzu kommt, dass der Kongress unzählige Gesetze, wie das Fischerei-Gesetz, das Wasser-Gesetz und Dekrete zu sauberen Energien genehmigt hat, die für die Garífunas unvorteilhaft sind», meinte Miriam Miranda, Koordinatorin von OFRANEH, in einem Interview mit PBI.

#### INTERNATIONALES URTEIL ZUGUNSTEN DER GARÍFUNAS

Es gibt auch Lichtblicke im Kampf der Garífunas. Im Oktober 2015 verurteilte der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte den honduranischen Staat wegen der Verletzung des Rechts der Garífunas auf ihr Land. Zwei Jahre nach dem Urteil hat der honduranische Staat die Betroffenen jedoch weder entschädigt, noch etwas unternommen, um die Umwelt zu regenerieren. Die Garífunas geben ihren Kampf aber nicht auf und wehren sich weiter gegen die Vertreibungen, «denn ein Volk ohne Land ist ein Volk ohne Kultur. Und wir wollen unseren Lebensraum und unsere Kultur bewahren», sagt Aurelia Arzú bestimmt.

O F R A N E H

Die Organización Fraternal Negra de Honduras OFRANEH wurde 1978 gegründet, um die Rechte der afro-karibischen Gemeinschaft der Garífunas zu verteidigen. Mit verschiedenen Projekten fördert sie ihr Recht auf Selbstbestimmung und ihre politische, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung. Aufgrund ihres Engagements für die Menschenrechte und die Verteidigung ihres Landes werden die Mitglieder der Organisation immer wieder kriminalisiert und bedroht. PBI arbeitet mit OFRANEH im Rahmen von Sicherheitsworkshops und zur Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen zusammen.



Aurelia Arzú,  
Vizekoordinatorin  
von OFRANEH



Demonstration der Garífunas  
gegen die Modellstädte

#### Aurelia Arzú: «Ich konnte nicht länger schweigen.»

Aurelia Arzú ist vor acht Jahren der Organisation OFRANEH beigetreten, weil sie die Ungerechtigkeiten, denen die Garífunas auf ihrem Land ausgesetzt sind, nicht länger still mit ansehen wollte. In ihrem Dorf, Santa Rosa de Aguán, hatte ein Palmölunternehmen den Fluss umgeleitet und mit Chemikalien verseucht. Die Gemeinschaften können nun nicht mehr in diesem Fluss fischen, haben kein Trinkwasser mehr für ihr Vieh und werden krank, wenn sie darin baden. Als die Aktivistin vor vier Jahren im Namen der OFRANEH eine Klage gegen das Palmölunternehmen einreichte, musste sie aufgrund zahlreicher Drohungen ihr Dorf verlassen und wohnt seitdem in einer Stadt. PBI hatte sie darin bekräftigt, diese Schutzmassnahme zu ergreifen.